

Strukturpolitik: Wo steht die Lausitz?

THEMEN:

- **WAS IST STRUKTURPOLITIK?**
Was sind Ziele der Strukturpolitik und wer sind die Akteure?
- **LAUSITZ IM FOKUS**
Regionale Akteure und Prozesse des Strukturwandels in der Lausitz.
- **POSITIONEN DER GEWERKSCHAFTEN**
Standpunkte zur Strukturpolitik in der Lausitz
- **EINBLICK IN DIE REVIERWENDE-BÜROS**
- **KEINE TRANSFORMATION OHNE UNS!**
Die Rolle der IGBCE im Strukturwandelprozess

WAS IST STRUKTURPOLITIK?

Strukturpolitik umfasst sämtliche politischen Maßnahmen, deren Ziel es ist, die Entwicklung einer Volkswirtschaft zu beeinflussen. Im Fokus stehen hierbei u.a. der Erhalt von strategischen Branchen, die zwar mitunter nicht (mehr) wettbewerbsfähig, aber wichtig für Deutschland sind und die Schaffung **gleichwertiger Lebensverhältnisse**, darunter auch die Entwicklung von strukturschwachen Regionen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland ist ein zentrales Ziel der Regionalentwicklung. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass sich Regionen in ihrer Entwicklung annähern. Das heißt, dass schwache Regionen stärker gefördert werden, um sich stärkeren Regionen in ihrer Entwicklung anzunähern.

Diese Veränderungen würden durch eine freie Entwicklung und Entfaltung des Marktes nicht in der gewünschten Form auftreten, sodass die Politik mithilfe von Anreizen (z.B. Subventionen oder Infrastrukturmaßnahmen) nachhilft.

Die Strukturpolitik lässt sich in eine sektorale und in eine regionale unterteilen. Die sektorale Strukturpolitik beeinflusst und verändert die Struktur eines Wirtschaftsbereiches (bspw. die Landwirtschaft oder die Energiebranche), wohingegen die regionale Strukturpolitik sich auf die Veränderung der Wirtschaftsstruktur einer bestimmten Region, wie den Braunkohlerevieren, konzentriert. Oftmals ist jedoch keine strikte Trennung zwischen diesen beiden Formen möglich, da es zu Überschneidungen kommen kann.

Die Akteure und Ebenen der Strukturpolitik reichen dabei von der Europäischen Union über die Nationalstaaten und Bundesländer bis hinunter in die Kommunen. Dafür gilt das **Subsidiaritätsprinzip**.

Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip trägt dafür Sorge, dass politische Maßnahmen möglichst bürgernah umgesetzt werden. Bürgernah heißt, dass sie durch die unterste geeignete Verwaltungsebene durchgeführt und betreut werden sollen (bspw. auf kommunaler Ebene statt auf Bundeslandebene).

LAUSITZ IM FOKUS

Regionale Strukturpolitik wird in den Braunkohlerevieren durch den Strukturwandel aktuell erlebbar. In der Lausitz bedeutet das nicht nur den Ausstieg aus der Braunkohle. Weitere Herausforderungen sind hier kleinteilige wirtschaftliche Strukturen, unzureichende Infrastrukturen und negative Bevölkerungsentwicklungen. Um mit diesen Herausforderungen besser umzugehen als in der Vergangenheit, gibt es seit mehreren Jahren Bestrebungen den Strukturwandel strategisch anzulegen.

Die wichtigsten, aber unverbindlichen, Strategiepaper für die Weiterentwicklung der Lausitz bilden:

- Kommissionsbericht „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (2019)
- Entwicklungsstrategie Lausitz 2050
Zukunftswerkstatt Lausitz (2020)
- Lausitzprogramm 2038 - Brandenburg (2020)
- Handlungsprogramm Sachsen (2020)

Daraus leiten sich gemeinsame Schwerpunktthemen ab:

- der Umbau zu einer innovativen, nachhaltigen und leistungsfähigen Wirtschaft mit einem besonderen Fokus auf den Energiesektor und Stärkung weiterer bestehender Wirtschaftszweige,
- der begleitende Ausbau von Forschungs- und Wissenschaftsstandorten,
- die Stärkung und Entwicklung der Lebensqualität sowie der kulturellen Vielfalt der Region und dem Aufbau einer starken regionalen Marke „Lausitz“,
- Maßnahmen zur Fachkräfteentwicklung und -sicherung,
- die Verbesserung der (Gesundheits-) Vorsorge im ländlichen Raum.

Die Bundesländer Sachsen und Brandenburg haben zudem ein gemeinsames Leitbild für das Lausitzer Revier erarbeitet, welches Bestandteil des 2020 verabschiedeten Investitionsgesetzes Kohlerevieren (InvKG) ist. Das InvKG gibt die verbindlichen Rahmenbedingungen der Förderung für die Kohleregionen vor. Zudem sieht das InvKG die regelmäßige Überprüfung der Fördermittelvergaben und der Maßnahmen zum Kohleausstieg vor.

Strukturpolitik: Wo steht die Lausitz?

Bei den Fördermittelzuwendungen wird zwischen einem Bundesarm und einem Landesarm unterschieden. Der Bundesarm umfasst Investitionen des Bundes, die direkt den Revieren zukommen. Beispiele hierfür sind die Erweiterung des Bahnstandhaltungswerkes der Deutschen Bahn in Cottbus oder die Ansiedlung des Bundesamtes für Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Weißwasser. Ebenso soll der Ausbau der Straßen und Schienen in der Lausitz darüber finanziert werden. Insgesamt sind für die Lausitz 11,18 Milliarden Euro im Bundesarm vorgesehen.

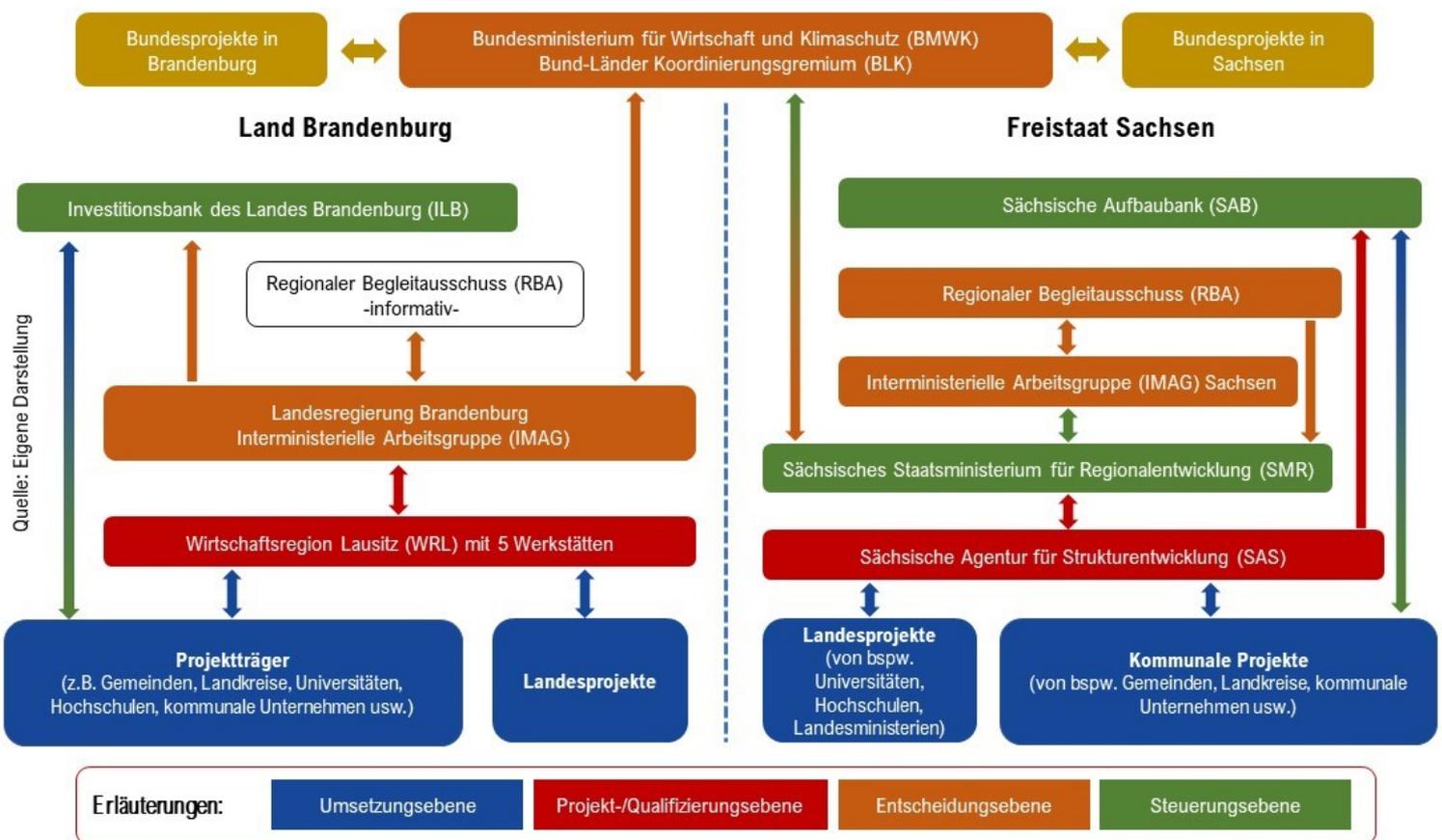
Der Landesarm liegt wiederum in der Verwaltung der Bundesländer. Er umfasst bis 2038 Finanzmittel von insgesamt 6,02 Milliarden Euro für die Lausitz. Um diese Förderung möglichst gut und mit dem Bezug zur lokalen Ebene der Gemeinden, Städte und Landkreise (Subsidiaritätsprinzip, siehe oben) zu vergeben, haben das Bundesland Brandenburg und der Freistaat Sachsen zwei unterschiedliche Verfahren für die Fördermittelvergabe gewählt (siehe Schaubild).

In Brandenburg wird ein Werkstattprozess zur Entwicklung und Entscheidung über die Fördermittel genutzt. Bei der Wirtschaftsregion Lausitz werden zunächst Projektskizzen eingereicht. Im Anschluss werden die Skizzen in einer der insgesamt fünf thematisch gegliederten Werkstätten der Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) durch Expert*innen aus Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft diskutiert und weiterentwickelt. Am Ende eines Werkstattprozesses wird ein Konsens darüber gebildet, welche der eingereichten Projekte der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) der Landesregierung zur Förderung empfohlen werden.

Zudem wurde ein regionaler Begleitausschuss von der Brandenburgischen Landesregierung eingesetzt, um regelmäßig den Prozess zu überwachen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Der Ausschuss umfasst 24 Personen aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und ist beratend tätig.

Der Freistaat Sachsen hat einen anderen Weg gewählt. In einem umfassenden und mehrstufigen Prüfungs- und Bewertungsverfahren sind die Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (SAS), das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR), die interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) und der Regionale Begleitausschuss (RBA) involviert. In diesem Verfahren werden die Projektvorschläge mehrfachen Prüfungen unterzogen. Der regionale Begleitausschuss in Sachsen unterscheidet sich in der Tätigkeit von dem in Brandenburg. In Sachsen ist die Entscheidung des Regionalen Begleitausschusses maßgeblich dafür, welche Projektanträge tatsächlich gefördert werden sollen. Die beiden Landkreise Bautzen und Görlitz sowie vier Gemeinden und das SMR sind allein bei der Entscheidung über die Projektvorschläge stimmberechtigt. Interessenvertreter*innen von Wirtschaft, Arbeitnehmer*innen, Bildung und Forschung, Zivilgesellschaft und Umweltschutz haben hierbei lediglich beratende Funktion. Die Projekte des Landes Sachsens werden dem Regionalen Begleitausschuss zur Stellungnahme vorgelegt. Förderanträge können erst nach einem vollständigen Durchlauf bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) gestellt werden. Darüber hinaus gibt es zur Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz weitere nationale und europäische Fördertöpfe: nationale Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW-Förderung), Europäischer Fonds für Regionale Ent-

Organisation und Zuständigkeit für den Strukturwandel in Brandenburg und Sachsen



wicklung (EFRE), Europäischer Just Transition Fund (JFT) und weitere. Diese umfassen andere Summen und unterliegen speziellen Verfahren. Im Regelfall sind die Fördertöpfe Themenfeldern der Regionalentwicklung zugeordnet, bspw. arbeitsmarktpolitischen, bildungspolitischen oder infrastrukturellen Maßnahmen. Einige der Fördertöpfe richten sich zudem an bestimmte Zielgruppen, wie Unternehmen, Kommunen oder Hochschuleinrichtungen.

POSITIONEN DER GEWERKSCHAFTEN

Vor dem Hintergrund umfassender Transformationserfordernisse in Wirtschaft und Gesellschaft ist es für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ein wichtiges Anliegen, dass die Strukturpolitik in Deutschland eine Neuausrichtung erfährt.

Bisher ist die deutsche Strukturpolitik reaktiv gestaltet, das heißt: sie wird erst korrigierend tätig, wenn Probleme in Regionen oder Wirtschaftsbereichen bereits bestehen und Menschen davon negativ betroffen sind. Das Gegenteil ist eine vorausschauende (proaktive) Strukturpolitik. Dafür müssen sowohl strategische Zielsetzungen als auch „Frühwarnsysteme“ eingeführt werden, die die Vorzeichen von Fehlentwicklungen im Strukturwandel in den Regionen und Wirtschaftsbereichen rechtzeitig sichtbar machen. Darüber hinaus ist Strukturpolitik nachweislich erfolgreicher, wenn sie mit einer umfassenden und niedrigschwelligen Beteiligung der Betroffenen umgesetzt wird. Ein weiterer Kritikpunkt an bisherigen Instrumenten der Strukturpolitik ist die Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze. In der Vergangenheit wurden hier zu oft gut bezahlte Industriearbeitsplätze durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt.

Deswegen setzt sich der DGB dafür ein, dass die regionale Strukturpolitik von den Sozialpartnern (Arbeitgeber und Gewerkschaften) mitbestimmt werden kann. Der DGB erarbeitet Vorschläge für einen gelungenen Kohleausstieg und eine nachhaltige Transformation. Ein zentraler Faktor dabei ist, dass Vertreter*innen der Arbeitnehmerseite ein stimmberechtigter Teil der Entscheidungsgremien werden. So kann das Thema "Gute Arbeit" in der Bewertung von Strukturprojekten berücksichtigt werden. Dies hat der DGB im Dezember 2021 in einem [13-Punkte-Programm](#) formuliert, in dem er verlässliche Rahmenbedingungen für einen sozial gerechten Strukturwandel in der Lausitz fordert.



Speziell in Sachsen wird durch den DGB ein Neustart der Strukturpolitik in den Revieren gefordert, denn die bisherige Projektförderungspraxis vernachlässigt bislang gewerkschaftliche Themen wie gute Arbeitsbedingungen oder Mitbestimmung (vgl. [Kriterienkatalog des REVIERWENDE-Büros](#)). Außerdem sind die Projektmittel, laut Sächsischer Agentur für Strukturentwicklung, bereits bis zum Jahr 2026 gebunden. Für neue Projekte gibt es nur geringe Chancen in das aktuelle Förderungsverfahren nachzurücken und finanziell berücksichtigt zu werden.



Dem DGB Sachsen ist wichtig, dass Strukturwandelmittel strategischer, zielorientierter und flexibler für die Schaffung von gut bezahlten, tarifgebundenen Arbeitsplätzen – auch in der Industrie – eingesetzt werden und dass der DGB oder seine Mitgliedsgewerkschaften bei der Auswahl der Projekte mitentscheiden können. Das ist beispielsweise im brandenburgischen Werkstattprozess der Fall.

Echte Beteiligung der Betroffenen, Transparenz des Verfahrens, Bewertung der Projekte anhand nachvollziehbarer Kriterien, Berücksichtigung der Strategiepapiere und Nachhaltigkeit sind Grundvoraussetzung für einen gelingenden Wandel und somit voraussetzender Strukturpolitik.

Die Lausitz benötigt dabei Unterstützung zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, um Fachkräfte und Innovationsfähigkeit zu sichern. Dabei müssen laut DGB, die Beschäftigten aus dem vom Kohleausstieg betroffenen Branchen besondere Beachtung finden. Außerdem sollte das Profil der Region „Lausitz“ eine Aufwertung erfahren. Auch in Zukunft braucht es hier neben Tourismus, Kultur, Daseinsvorsorge, Breitbandausbau und Verkehrsverbindungen durch Schiene und Straße, hochwertige und tarifgebundene Industriearbeitsplätze. So kann die Lausitz auch in Zukunft für ihre Bewohner*innen attraktiv bleiben. Gerade die Ergebnisse des letzten Lausitzmonitors zeigen, dass die Anfangseuphorie und die Zustimmung zum Strukturwandel deutlich zurückgegangen sind. Die Politik muss mit sichtbaren Projekten und Ergebnissen punkten. Hauptziel des DGB in Berlin-Brandenburg und Sachsen ist es, dass die Milliardenförderungen des Strukturwandels in der Lausitz im Sinne der Beschäftigten und ihrer Familien eingesetzt werden.

Gute Arbeit

Der DGB-Index Gute Arbeit hat in 3 Themenbereichen 11 Kategorien erarbeitet, die die Qualität der Arbeit messen und bewerten:

- **Ressourcen:** umfasst Gestaltungsmöglichkeiten, Entwicklungsmöglichkeiten, Betriebskultur und Sinn der Arbeit
- **Belastungen:** umfasst Arbeitszeitlage, emotionale Anforderungen, körperliche Anforderungen und Arbeitsintensität
- **Einkommen und Beschäftigungssicherheit:** Einkommen, betriebliche Sozialleistungen sowie Beschäftigungssicherheit

EINBLICK IN DIE REVIERWENDE-BÜROS

Direkte Beteiligungsmöglichkeiten in der Strukturpolitik für Beschäftigte in der Lausitz sind (noch) sehr eingeschränkt. Ein Weg zur Beteiligung führt über die Gewerkschaften, für die die Interessen der Beschäftigten an erster Stelle stehen. Das gewerkschaftliche Projekt REVIERWENDE unterstützt bei dieser Beteiligung und ist mit seinen Büros in Cottbus und Görlitz Ansprechpartner vor Ort.

Das Projekt ermöglicht es allen Arbeitnehmer*innen in der Lausitz aktiv mitzuwirken. Dafür werden deren Ideen geprüft, qualifiziert und Wege für die Umsetzung gefunden. Gleichzeitig werden gewerkschaftliche Akteure, Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen länderübergreifend vernetzt. Inhaltlich untermauert werden alle Aktivitäten durch passende Hintergrundinformationen zu aktuellen Debatten im Strukturwandel.

Das Projekt bietet dazu Handlungshilfen rund um die gerechte Gestaltung der Transformation in den Kohleregionen und schult u.a. im Bereich regionale Raumplanung und Entwicklung, Kreislaufwirtschaft, Strukturwandel. Näheres zu den Angeboten



DIE ROLLE DER IG BCE IM STRUKTURWANDELPROZESS



(Foto: © Christian Burkert | Quelle: IG BCE.de)

Tausende Beschäftigte in ganz Deutschland beteiligten sich am gemeinsamen Aktionstag Transformation von IG BCE und IG Metall am 29.10.2021. In unseren Bezirken im ganzen Land kamen Kolleginnen und Kollegen bei mehr als 50 Aktionen zusammen, um sich unter dem Motto „Wandel fair gestalten“ für eine sozial gerechte Transformation einzusetzen.

In Hannover gab es eine zentrale Kundgebung auf dem Platz an der Goseride.

Die IG BCE vertritt rund 630.000 Arbeitnehmer*innen in circa 4.000 Unternehmen. Eine ihrer Kernkompetenzen liegt im Bergbau und Energiesektor. Damit stellt sie einen wichtigen Akteur im Prozess des Strukturwandels dar.

Mit Beginn des Kohleausstiegs in der Lausitz wurde eine soziale und politische Änderung des ursprünglichen Fokus der IG BCE notwendig. Die Transformation von Arbeitsplätzen in braunkohlefördernden und energieerzeugenden Unternehmen sowie ihrer Tochterfirmen und Servicepartner in der Lausitz braucht eine angepasste gewerkschaftliche Strategie. Arbeitnehmer*innen sollen neue Perspektiven außerhalb der Kohle bekommen und in neue Branchen und Berufe wechseln können.

Die Nachwendezeit in der Lausitz zeigt: Eine veraltete und ineffiziente industrielle Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Braunkohleförderung und deren Folgeprozessen, wurde binnen kürzester Zeit zu einem großen Teil abgewickelt. Tausende Lausitzer*innen fielen in das sogenannte „Bergfreie“ oder wurden hektisch und ungezielt in Umschulungsmaßnahmen verwiesen. Einen geregelten und sozial gerechten Strukturwandel ab 1990 zu gestalten, war aufgrund politischer Entscheidungen, einer grundsätzlichen Überforderung von vielen Akteuren und einer großen Portion Unwissenheit, schlichtweg nicht möglich. Die Konsequenz für heute: Ein Strukturbruch wie in den 90er Jahren darf sich in der Lausitz nicht wiederholen.

Schon 2015 konnte die IG BCE zum wiederholten Mal beweisen, dass sie sich erfolgreich für ihre Mitglieder einsetzt. Die Bundesregierung plante eine Klimaabgabe für Kohlekraftwerke. Diese hätte dazu geführt, dass innerhalb kürzester Zeit viele Arbeitnehmer*innen bei Vattenfall (heute LEAG) arbeitslos geworden wären. Die betroffenen Kraftwerksblöcke wären auf einen Schlag unrentabel geworden. Eine Großdemonstration in Berlin mit 15.000 Teilnehmer*innen führte zum Umdenken in der Politik. Aus der Klimaabgabe wurde die Sicherheitsbereitschaft. Die Lausitz konnte aufatmen.

Ebenso bringt sich die IG BCE aber tatkräftig in die Gestaltung des sozialen und ökologischen Wandels ein. Denn gute Lösungen brauchen einen breit aufgestellten und gemeinsamen Dialog mit allen Interessensvertreter*innen, um Strukturwandel, Klimaschutz und soziale Aspekte gerecht und nachhaltig in Einklang zu bringen.

Die große Koalition hat sich anschließend 2018 das Ziel gesetzt einen Kohleausstieg gesetzlich festzulegen. Die Geburtsstunde der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB). Die KWSB setzte sich aus Vertreter*innen unterschiedlichster Interessensgruppen zusammen. Mit dem Vorsitzenden der IG BCE, Michael Vassiliadis, waren gemeinsam mit Stefan Körzell (DGB) und Andreas Scheidt (ver.di) drei Vertreter aus Gewerkschaften darin vertreten.

Zu Beginn des Jahres 2019 legte die Kommission ihren Abschlussbericht vor. Die Hinweise der Gewerkschaften wurden dabei umfassend berücksichtigt. Die IG BCE kämpfte für ihre Mitglieder um ein sozial gerechtes Ergebnis. Kein Bergmann und keine Bergfrau sollten ohne Perspektive ihre Arbeit verlieren. Das wurde durch die Regelungen zum Anpassungsgeld geschafft. Das die Lausitz aktuell voll in der Transformation steckt und Millionen-Beträge für neue wirtschaftliche Ansiedlungen fließen, liegt vor allem an der politischen Kraft der Gewerkschaften, insbesondere der IG BCE. Nur so kann eine sozial-gerechte Transformation in der Region gelingen. Den Grundstein dafür haben unzählige Demonstrationen, Aktionen und politische Gespräche der IG BCE gelegt.

Ein beachtlicher Erfolg. Wenn der Strukturwandel in der Lausitz gelingt, können wir diesen Prozess als positives Beispiel für weitere Regionen mit Transformationsdruck nutzen. Denn für die IG BCE ist klar: Keine Transformation ohne uns! Die Gewerkschaft setzt sich für die Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze und die Weiterentwicklung des Industriestandortes Deutschland ein.



Gefördert durch:
 Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz
aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Ein Projekt der gemeinnützigen Gesellschaft des DGB zur
Förderung von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und
der Jugend mbH

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Frederik Moch - Projektleitung
Redaktion: Marko Schmidt

Projekt RevierWENDE - Team Lausitz

Projektbüro Cottbus, Ostrower Straße 6, 03046 Cottbus
Telefon: 01578 – 53 22 035

Projektbüro Görlitz, Bautzener Straße 57, 02826 Görlitz
Telefon: 01578 – 53 22 033

www.revierwende.de/lausitz
E-Mail: lausitz@revierwende.de